



Leistungen und Regelungen Reusspark, 5524 Niederwil

Gültig ab 1. Januar 2025

1 Allgemeines

Die Institution achtet darauf, die Privatsphäre der Bewohnenden zu respektieren und zu wahren.

Zur Sicherstellung einer angemessenen pflegerischen, medizinischen, hauswirtschaftlichen und sozialen Betreuung, welche im Interesse der Bewohnenden bzw. deren Vertreters liegt, sind die Mitarbeitenden der Institution befugt, das Zimmer bzw. den Zimmeranteil der Bewohnerin oder des Bewohners mit vorheriger Ankündigung zu betreten. Droht eine Gefahr für das Leben oder die körperliche Integrität der betroffenen Bewohnenden oder eines Dritten, sind die Mitarbeitenden befugt, das Zimmer bzw. den Zimmeranteil auch ohne vorherige Ankündigung zu betreten.

Die Bewohnerin oder der Bewohner hat das Recht, sein Zimmer bzw. seinen Zimmeranteil mit eigenem Mobiliar und eigenen Gegenständen einzurichten, soweit dadurch die Betreuung und Pflege durch die Mitarbeitenden der Institution nicht eingeschränkt werden, und es die Zimmergrösse zulässt.

Der/die Bewohnende erklärt sich mit der Verwendung von Fotos einverstanden, welche zum Beispiel an festlichen Anlässen aufgenommen werden, namentlich für Publikationen in Printmedien und online. Wird eine Verwendung nicht gewünscht, muss dies beim Eintritt mitgeteilt werden.

2 Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung

Die Bewohnenden teilen der Institution mit, ob sie einen Vorsorgeauftrag und/oder eine Patientenverfügung errichtet haben. Wünschen die Bewohnenden, dass die Institution ihren in diesen Dokumenten festgehaltenen persönlichen Willen umgehend umsetzen kann, so übergeben sie der Institution eine Kopie des Vorsorgeauftrags und/oder der Patientenverfügung.

3 Pflegeleistungen

Die Pflegeleistungen richten sich nach den Bestimmungen der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Krankenpflege-Leistungsverordnung, KLV) und teilen sich gemäss Art. 7 Abs. 2 KLV auf in

- Massnahmen der Abklärung, Beratung und Koordination
- Massnahmen der Untersuchung und Behandlung
- Massnahmen der Grundpflege.

4 Nicht KVG-pflichtige Pflege- und Betreuungsleistungen

Die nicht KVG-pflichtigen Pflege- und Betreuungsleistungen umfassen Hilfe- und Betreuungsleistungen, die infolge Alter, Invalidität, Unfall oder Krankheit notwendig sind und keine KVG-Leistungen darstellen. Hierzu gehören zum Beispiel Leistungen wie Begleitung bei Spaziergängen, Veranstaltungen, Unterhaltung, Informationsveranstaltungen für Angehörige usw.

Ein Pflegeheim stellt generell Zeit, Sicherheit, Hilfe und Unterstützung, Beratung, Geborgenheit und Aktivierung für alle Bewohnenden zur Verfügung (z.B. Aufrechterhaltung einer Grundleistung wie Nachtwache). Die daraus entstehenden Kosten dürfen nicht den Krankenversicherungen verrechnet werden. Die Personalkosten, welche zur Aufrechterhaltung dieses Angebotes entstehen, fallen unabhängig von der Nutzung des Angebotes an.

5 Pensionsleistungen

Zu den Pensionsleistungen gehören die Leistungen für die Unterkunft und Verpflegung wie beispielsweise:

- Wohnen: Zurverfügungstellung eines möblierten Zimmers bzw. eines möblierten Zimmeranteils, Benutzung der Gemeinschaftseinrichtungen.
- Verpflegung: Vollpension inkl. ärztlich verordnete Sonder- oder Diätkost, Tee, Kaffee und Mineralwasser.
- Wäsche: Zurverfügungstellung und Reinigung von Bett- und Toilettenwäsche, Waschen der persönlichen Wäsche.
- Übrige Leistungen wie Unterhalt und Reinigung des Zimmers sowie der Gemeinschaftseinrichtungen, Energieversorgung, Kehrrichtabfuhr, etc.

6 Medizinische Nebenleistungen und ärztliche Betreuung

Zu den medizinischen Nebenleistungen gehören die ärztlichen Leistungen, krankenkassenpflichtige Therapien (z.B. Physio- und Ergotherapie) Medikamente, Mittel und Gegenstände sowie medizinische Analysen.

Ärztliche Versorgung

Mit dem Eintritt in den Reusspark erklärt sich die Bewohnerin oder der Bewohner einverstanden, dass die ärztliche Versorgung im Reusspark durch die gewählten Belegärzte und Belegärztinnen gewährleistet wird und keine freie Arztwahl besteht.

7 Erwachsenenenschutzrecht

Die Institution verpflichtet sich, die Bewegungsfreiheit der urteilsunfähigen Bewohnenden nur einzuschränken, wenn weniger einschneidende Massnahmen nicht ausreichen oder von vornherein als ungenügend erscheinen und diese Massnahmen dazu dienen, eine ernsthafte Gefahr für das Leben oder die körperliche Integrität der Bewohnenden oder Dritter abzuwenden oder eine schwerwiegende Störung des Gemeinschaftslebens der Institution zu beseitigen.

Vor der Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird der Bewohnerin oder dem Bewohner erklärt, was geschieht, warum die Massnahme angeordnet wurde, wie lange diese voraussichtlich dauert und wer sich während dieser Zeit um sie oder ihn kümmert. Vorbehalten bleiben Notfallsituationen.

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird so bald wie möglich wieder aufgehoben und auf jeden Fall regelmässig auf ihre Berechtigung hin überprüft.

Über jede Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird Protokoll geführt. Dieses enthält insbesondere den Namen der anordnenden Person, den Zweck, die Art und die Dauer der Massnahme.

Die zur Vertretung bei medizinischen Massnahmen berechtigte Person wird über die Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit informiert und kann das Protokoll jederzeit einsehen. Ein Einsichtsrecht steht auch den Personen zu, welche die Institution beaufsichtigen.

Die betroffene Bewohnerin, der betroffene Bewohner oder eine ihr bzw. ihm nahestehende Person kann gegen eine Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit jederzeit schriftlich bei der Erwachsenenschutzbehörde ohne Wahrung einer Frist Beschwerde einreichen.

Die Institution schützt die Persönlichkeit der urteilsunfähigen Bewohnenden und fördert so weit wie möglich Kontakte ausserhalb der Institution. Kümmert sich niemand von ausserhalb der Einrichtung um die betroffenen Bewohnenden, so benachrichtigt die Institution die Erwachsenenschutzbehörde.

8 Beanstandungen und Beschwerden der Bewohnenden

Der Bewohnende kann sich formlos gegen unangemessene Pflege bzw. Betreuung beschweren. Bei Personen, die ihre Rechte nicht selbst wahrnehmen können, steht dieses Recht ihren Angehörigen oder dem gesetzlichen Vertreter zu.

Beanstandungen und Beschwerden sind in erster Linie an die Heimleitung zu richten. Vorbehalten bleibt Ziffer 7, wonach die Erwachsenenschutzbehörde jederzeit schriftlich gegen eine Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit angerufen werden kann.

Entscheide der Heimleitung können bei der Trägerschaft Verein Gnadenthal angefochten werden.

Allfällige Beschwerden können zudem der Ombudsstelle des Kantons Aargau für Heim-, Spitex- und Altersfragen unterbreitet werden. Die Ombudsstelle wird von der Patientenstelle Aargau Solothurn, einem neutralen, gemeinnützigen und unabhängigen Verein, geführt.

Ombudsstelle für pflegebedürftige Menschen
Postfach 3534
5001 Aarau
062 823 11 42
www.ombudsstelle-ag.ch / info@ombudsstelle-ag.ch

9 Haftungsausschluss

Der Bewohnende ist für seine persönlichen Gegenstände und Wertsachen selber verantwortlich. Auf das Mitbringen von Wertsachen und zu viel Bargeld sollte, wenn immer möglich, verzichtet werden. Der Reusspark übernimmt keine Haftung für Bargeld, persönliche Gegenstände und andere Wertsachen. Der Kleiderschrank im Zimmer beinhaltet ein abschliessbares Wertfach. Der Schlüssel dazu ist beim Pflegepersonal erhältlich.

Alle Bewohnenden benötigen eine eigene Privathaftpflichtversicherung. Die Versicherungssumme kann so tief wie möglich angesetzt werden, mindestens 3 Mio. Franken. Personen über 60 Jahre erhalten bei vielen Versicherungsgesellschaften einen Seniorenrabatt. Der Reusspark hat eine Betriebshaftpflichtversicherung in Ergänzung zur persönlichen Privathaftpflichtversicherung des Bewohnenden abgeschlossen. Sollte im Schadenfall die Versicherungssumme der persönlichen Privathaftpflichtversicherung des Bewohnenden nicht ausreichen, so kommt die Betriebshaftpflichtversicherung des Reusspark zum Tragen.

Die Sachversicherung des Reusspark deckt den persönlichen Hausrat der Bewohnenden für die Risiken Feuer, Elementar, Einbruchdiebstahl und Wasserschäden ab. Die Versicherungssumme pro Schadenereignis ist für alle Bewohnende zusammen auf 750'000 Franken begrenzt. Der Selbstbehalt beträgt 1'000 Franken. Da diese Versicherungssumme z. B. bei einem grösseren Brandfall nicht ausreichen wird, empfehlen wir den Abschluss einer eigenen Hausratversicherung. Dann können Sie auch einen Selbstbehalt wählen, welcher unter 1'000 Franken liegt.